

Inhalt:**Die Gotteskrieger und die Schweiz**

Titelseite

Das wahre Gesicht der Gotteskrieger

Seite 2

**«Weitere islamische Staaten werden
zerbrechen»**

Seite 3

Quo vadis, Syrien?

Seite 4

**Muslime, Verhalten nach Bevölkerungs-
anteil**

Seite 5

Die Wahrheit über den 9. November 1989

Seite 6

Bravo, Herr Juncker!**Schluss mit dem pathologischen
Altruismus!**

Seite 7

**Moderne Demokratisierungskriege
unter der Lupe**

Seite 8

Nr. 4/2016

PIKOM

PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE

INFO

Die Gotteskrieger und die Schweiz

Von Dr. Léon S. Gaucher, Clarens VD

Seit den Anschlägen in Paris sind einige Monate vergangen, doch bleiben manche Fragen offen, gerade hinsichtlich der Zukunft. Vom Standpunkt des «Islamischen Staates» stellte die Aktion, die zweifellos generalstabsmässig vorbereitet war und mit grosser Brutalität erfolgte, einen grossen Erfolg dar und zugleich eine Schlappe der französischen Abwehr. Eine Handvoll Jihadisten vermochte die Weltstadt für mehrere Tage in Angst und Schrecken zu versetzen sowie das Leben in Brüssel zu lähmen. Sollte ein solcher Zustand einmal eine ganze Woche andauern, wäre ein allgemeines Leben nicht länger aufrechtzuerhalten. Man muss manchen europäischen Regierungen den starken Vorwurf machen, jahrelang das Thema «Gotteskrieger» kaum beachtet, jedenfalls bis zu jenen November-Tagen völlig unterschätzt zu haben.

Die gerade in der Schweiz nicht selten anzutreffende Ansicht, man habe keine feindlichen Absichten gegenüber Syrien, und daher seien auch keine Terrorakte gegen die Schweizerische Eidgenossenschaft zu erwarten, verkennt völlig die Ideologie der Salafisten. Danach ist die Herstellung des reinen Islams in der Welt nur durch bewaffneten Kampf möglich. Jeder Muslim hat die Pflicht, «Ungläubige» zu töten. Terroranschläge sind für sie das legitime Mittel, ihre Interpretation des Islam mit Gewalt durchzusetzen. Sich für neutral zu erklären, ist bei Gruppen, die Gefangene lebend in einem Käfig verbrennen, ohne Belang. Osamah M., Leiter der Schweizer IS-Zelle, verfluchte in einem Facebook-Chat die Schweizer als «Hundesöhne»: «Solche Leute sind zum Enthaupten und nicht zum Missionieren»!

Die Realität von Paris bewies, dass Umstände, die bisher kaum für möglich erachtet wurden, schneller eintreten als man glaubt. Und dass die Verant-

wortlichen über das bisher Undenkbare nachdenken sollten, um möglichst vorbereitet zu sein! Bis in die jüngste Zeit aber zeigten manche Amtsstellen «Verständnis» und verlangten «Entgegenkommen», was Jihadisten nur als Schwäche und damit als Ermunterung werten. Dabei sind fast alle Abwehrstellen Europas überfordert. Unbedingt erforderlich ist ihre personelle und finanzielle Aufstockung. Vorbildlich sind die britischen Dienste, denen jährlich 3,4 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, die für Zwecke des Cyber-Space sogar weitere 2,6 Milliarden aufstocken. Geplant ist, MI5 bis um 1'900 neue Stellen zu verstärken – die Kosten betragen zusätzliche zwei Milliarden Euro. Hat jedes Land inzwischen eine spezielle Task-Force, die bei Terroranschlägen wie Paris sofort eingreifen kann?

Sehr viele Erfolge verdanken die Abwehrbehörden der sonst so geschmähten NSA. Konnte diese die Code-Übermittlungen des «Islamischen Staates» in dessen Aussenwelt bisher entschlüsseln, so ist das bei der von jener neuerdings eingesetzten Spielkonsole Playstation 4 zumindest bis heute nicht mög-

lich. Umso dringender ist eine Zusammenarbeit der einzelnen nationalen Nachrichtendienste, manche Schlappe hätte vermieden werden können! Erforderlich sind vielerorts strengere Gesetze zur besseren Bekämpfung der Gotteskrieger; gewiss haben diese nicht selten eine Einschränkung der persönlichen Freiheit zur Folge, doch ohne diese bestünde allzu sehr die Gefahr des Verlustes eben dieser Freiheit (und wohl auch des Lebens).

Grössten Wert sollte auf eine kluge Präventionspolitik gelegt werden, was offenbar von einigen Schweizer Kantonen nicht im erforderlichen Umfang erkannt wird. Manche Eltern und Lehrer verlieren jeglichen Einfluss auf ihre Kinder, die zunehmend in die Ideologie des «Islamischen Staates» abgleiten. Für solche Fälle sind inzwischen in etlichen europäischen Ländern und auch in einigen wenigen Orten der Schweiz besondere Beratungsstellen eingerichtet worden, die leider in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt sind. Nicht ohne Wirkung ist zuweilen auch die «Gefährdungsprache»: Kantonale Polizisten teilen radikalen Islamisten offen mit,

Bild zvg



dass sie unter Beobachtung stünden und verweisen auf ihr weiteres Schicksal in Syrien als Selbstmordattentäter – die Frage dabei ist indes, wie weit der zukünftige Gotteskrieger sich geistig schon in jener Welt des Jihad befindet...

Gegenwärtig dürften sich bis zu 15'000 «Heilige Kämpfer» in Syrien befinden, davon sind 3'600 Europäer (von denen sollen 600 Frauen sein, neuerdings auch sechs aus der Schweiz). Die stärkste Gruppierung mit wohl 1'700 Gotteskriegern kommt aus Frankreich, gefolgt von 760 Deutschen und 700 aus Grossbritannien.

Während der vergangenen Jahre kehrten rund 3'000 Jihadisten in ihre europäische Heimat zurück.

Dass manche als «syrische Flüchtlinge» kommen und vielleicht nicht wenige unter falschen Personalien, aber mit Identitätspapieren aus echten Staatsdruckereien Syriens, muss unterstellt werden. Manche dieser Rückkehrer kommen desillusioniert, von den meisten mit ihrer militärischen Ausbildung und Kampferfahrung geht eine grosse Gefahr aus – wie die Tragödie in Paris bewies. Einen solchen Menschen vollständig zu observieren, bedarf es täglich wenigstens 25 Personen, die keine Polizei schon aus Personalmangel durchführen kann!

Zu einer tatsächlich wirksamen Bekämpfung des «Islamischen Staates» wären Bodentruppen erforderlich, dazu fehlt Europa aber Wille und Vorstellung. Selbst die USA begnügen sich mit dem Einsatz von 500 «Operation groups» mit rund 4'000 Spezial-Soldaten, die man als Spähtruppe und Sabotage-Einheiten werten sollte. Der Krieg jedenfalls wird noch lange Jahre dauern. Der Zustrom junger Männer in den «Heiligen Krieg» hält indes unvermindert an, das gilt ebenfalls für die Schweiz. Tag für Tag überschreiten durchschnittlich 200 Europäer die türkisch-syrische Grenze, um für Allah zu kämpfen – und allzu oft zu sterben ...

Impressum

Herausgeber: PIKOM, 5000 Aarau

Telefon: 079 302 10 09 – Fax: 031 981 39 82

Vorstand: Grossrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs, Präsident, Bern – Nationalrätin Silvia Flückiger, Vizepräsidentin, Schöftland – Nationalrat, Gemeindeammann Andreas Glarner, Oberwil-Lieli – alt Grossrätin Claudia Gubler-Hofmann, Beinwil am See – Manuela Kumli, Geschäftsführerin, Reinach – alt Grossrat Gregor Biffiger, Berikon – alt Grossrat und Stadtrat Hans-Ulrich Gränicher, Revisor, Bern – Monika Kammermann, Revisorin, Bern – Pierre Juchli, Zürich – Janosch Weyermann, Bern
Homepage: www.pikom.ch

E-Mail: pikom@pikom.ch

PC-Konto: 60-76254-9

Layout: P. Hofstetter, Lurtigen

Erscheint mindestens 4 x jährlich

Das neue Buch von Dominic Musa Schmitz: Das wahre Gesicht der Gotteskrieger

Von Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann,
D-53639 Königswinter

Es ist das erste Buch eines jungen Deutschen, der in die Netze der Salafisten geriet, durch deren Gehirnwäsche zu einem fanatischen «Heiligen Krieger» aufstieg, angesichts deren Verlogenheit jedoch den Weg ins normale Leben zurückfindet. Dabei kam er aus gutbürgerlichem Haus, war indes orientierungslos; ihm fehlten Gemeinschaft, Wertschätzung, Zuneigung. Durch einen Freund lernt er das Leben in einer Moschee kennen, wo er sich ernstgenommen fühlt, wo man ihm zuhört und wo er von Muslimen nach Hause eingeladen wird. In dieser Welt sieht der Autor, Dominic Musa Schmitz, einen Ausweg aus seinem Lotterleben: «So wollte ich auch leben, so wollte ich sein». Wichtig werden für ihn die täglichen Gebete, die häufigen Besuche in der Moschee und deren Brüder. Mit 17 Jahren konvertiert er zum Islam und trägt den Namen «Musa». Von seinem bisherigen Leben schottet er sich völlig ab. Sein jetziges Dasein orientiert sich an «Sunna», der Handlungsweise des Propheten Mohammed. Kontakte mit einem «Kuffar» («Ungläubigen») sind verpönt, Kompromisse, selbst Zweifel sind ausgeschlossen. Es gibt kein Wort der Versöhnung, des Verstehens – es existiert allein die Linie der Salafisten! Selbstkritisch vermerkt der Verfasser im Buch: «Ich glaubte jedes Wort, jeden Satz der Tiraden der Prediger»; er hat lediglich ein Ziel, dem Propheten und seinen Gebeten nachzueifern. Detailliert und recht aufschlussreich beschreibt er seine schleichende Gehirnwäsche, bei der er sein selbständiges Denken, sein Selbst allmählich aufgibt: Ihm wird von Salafisten-Predigern immer wieder eingetrichtert, «Du darfst das nicht machen, weil die Überlieferung des Propheten etwas anderes sagt». Man bläut ihm ein, «Du darfst so lange denken, solange es der wahren Lehre entspricht». Im Rückblick bringt das Buch dies auf den kurzen Nenner: «Tu das, was wir Dir sagen!» Dabei interpretieren sie die Religion nach ihrem Willen und stilisieren ihre Sichtweise zur einzig verbindlichen Wahrheit hoch. Es klingt wie eine Entschuldigung, wenn der Autor beklagt, dass niemand in der Bevölkerung und zu wenig Muslime öffentlich gegen die Salafisten auftreten. Im Gegenteil: Diese erhalten viele Spenden, die zur Bekräftigung seines Weltbildes beitragen. Die in vielen Ländern erfolgte Aktion «Lies:», bei der Tausende Koran-Bücher verschenkt wurden (entgegen der Ansicht des Verfassers kam die Finanzierung aus Saudi-Arabien), hat eine «unglaubliche Resonanz»: Allein in Deutschland gehen Spenden in sechsstelliger Höhe ein ...

Ihm entgeht dabei indes nicht, dass diese teils für rein private Zwecke verwendet werden, ohnehin

stellt er im Lauf der Zeit zahlreiche Gegensätze zwischen der Salafisten-Religion und dem wahren Leben seiner Prediger fest, seien es die Verstösse gegen das Zigaretten-Rauchen und immer wieder gegen die eheliche Treue. Den deutschen Staat will man vernichten, doch zugleich heisst es zynisch: «Leben wir nicht gut von seinem Hartz IV-Unterstützungsgeld für Arbeitslose und seinem Kindergeld?» Zu starken Differenzen bei den Gotteskriegern kommt es in der Frage der Gewalt gegen Andersdenkende. Bereits im Jahr 2004 wurde in den Ausbildungslagern am Hindukusch der «Heilige Krieg» mit dem Märtyrertod glorifiziert. Im Internet und per Telefon kommen zunehmend Drohungen mit Anschlügen. Der Autor stellt fest, dass man sich immer mehr von der orthodoxen Lehre für Allah entfernt hin zum reinen Krieg für den Islamischen Staat. Sein Glaube an die muslimische Gemeinschaft schwindet, «ganz sacht setzte ich mich gedanklich ab – ein langwieriger Prozess». Tatsächlich dauert es drei Jahre, bis er sich völlig vom Salafismus gelöst hat. Seitdem stellt er für dessen Anhänger einen Verräter, ein Abtrünniger («Murtaḍ») dar, von denen er nunmehr lediglich Drohungen und Verfolgungen zu erwarten hat. Aber er ist heute wieder ein wirklich freier Mensch!

Ein schockierender und brisanter Insider-Bericht, der die Gefahren der Gotteskrieger greifbar macht – dem man grösste Verbreitung wünscht!



Dominic Musa Schmitz, «Ich war ein Salafist»;
Econ-Verlag, Berlin, 2016; 256 Seiten;
Preis: 18,50 Euro (ISBN: 978-3-430-20213-8)

«Weitere islamische Staaten werden zerbrechen»

Auszug aus Rundbrief Nr. 187 der Stab Stiftung für Abendländische Ethik und Kultur, Zürich

Der Islamologe Bassam Tibi hält die fehlende Berechenbarkeit in islamischen Gesellschaften für ein Entwicklungshindernis. Interview mit Ferdinand Knauss in der WirtschaftsWoche vom 13. Juli 2016.

Islamische Staaten scheitern an der Aufgabe, eine Balance zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zu schaffen. Das Problem ist ein entwicklungsfeindliches Menschenbild, sagt der Islamologe Bassam Tibi. Für Optimismus sieht er keinen Anlass.

Welche Rolle spielt der Westen für die Rückständigkeit der arabischen und anderen islamischen Länder?

Heute behaupten viele deutsche Islamwissenschaftler ebenso wie die Islamisten, das Problem sei der Westen, der die Entwicklung in der islamischen Welt behindere. Das ist Unsinn. Das grosse islamische Imperium mit Bagdad als Hauptstadt ist im 13. Jahrhundert untergegangen. Damals gab es keinen Kolonialismus. Einige Leute sagen dann: Es gab den Vorgänger des Kolonialismus, nämlich die Kreuzzüge, die die Entwicklung der Muslime behindert hätten. Aber die Kreuzritzer wollten nach Jerusalem, nicht nach Bagdad. In meinem Buch «Kreuzzug und Djihad» berichte ich die Geschichte eines damaligen Imams in der Moschee von Damaskus, der mitten im Gebet plötzlich eine Flasche Wein trank. Die Gläubigen fielen über ihn her. Da sagte er: Ihr regt euch über Wein in der Moschee auf, aber nicht über unseren Kalifen in Bagdad, der nichts gegen die Kreuzritzer tut. Der Kalif wusste eben, dass die nicht zu ihm nach Bagdad wollten. Nein, die Kreuzzüge waren nicht der Grund der Unterentwicklung. Der Niedergang der islamischen Zivilisation hatte interne Ursachen.

Der Iraker Ali Allawi hat ein Buch über «The Crisis of Islamic Civilization» geschrieben. Er sagt: Wir müssen aufhören, immer die Schuld bei anderen zu suchen. 90 Prozent unserer Probleme sind selbstverschuldet. Die westliche Dominanz ist ein Faktor, aber die Hauptfaktoren sind innere. Der grösste islamische Denker des 19. Jahrhunderts, al-Afghani, for-



Bassam Tibi wurde 1944 in Damaskus geboren und lebt seit 1962 in Deutschland. Er war bis 2009 Professor für internationale Beziehungen an der Universität Göttingen und A.D. White Professor an der Cornell University. Er hat mehr als 30 Bücher veröffentlicht und prägte die Begriffe Leitkultur, Parallelgesellschaft und Euro-Islam.

Im Jahre 2003 empfing er zusammen mit Prof. Michael Wolffsohn den STAB-Jahrespreis.

derte schon damals: Wir sollten aufhören, den Kolonialismus als Ursache unseres Elends anzusehen. Für ihn war Kolonialismus die Herrschaft von starken Völkern über schwache Völker. Die Herrschaft von Völkern, die über Wissen verfügen, über unwissende Völker. Ich vertrete auch diese Position.

Ist die deutsche Einwanderungspraxis eine Farce?

Deutschland fehlt eine verantwortungsvolle Einwanderungspolitik. Das beschädigt massiv das Ansehen des Staates. Wir müssen Einwanderung und Asyl endlich voneinander trennen.

Muslime in Deutschland. Deutsche wissen nur wenig über den Islam.

Die Flüchtlinge und die zunehmende Bedrohung

durch islamistische Terroristen in Europa führen dazu, dass in Deutschland zur Zeit viel über den Islam gesprochen wird. Mit den Muslimen sprechen aber nur wenige.

Wir erleben seit einigen Jahren den Zerfall mehrerer islamischer Staaten. Sie haben das schon vor vielen Jahren vorausgesagt. Was ist die Ursache?

Das Hauptproblem in der Welt des Islam ist doch dieses: Ein geringes Wirtschaftswachstum und ein riesiges Bevölkerungswachstum. Beispiel Ägypten: Ich war in diesem Jahr nach 10 Jahren Unterbrechung dort. In der Zwischenzeit hat die Bevölkerung von rund 80 auf 96 Millionen Menschen zugenommen. Aber die wirtschaftliche Entwicklung war im gleichen Zeitraum gering. Diese Diskrepanz ist auch das Hauptmotiv nach Europa zu kommen. Und die grosse Schere zwischen demographischer und wirtschaftlicher Entwicklung zerstört die Legitimation des Staates. Zur Ursachenbekämpfung der Migration, über die Angela Merkel immer redet, gehört eine gesunde Proportion von wirtschaftlicher und demographischer Entwicklung. Ich weiss nicht, wie Merkel das machen will.

Wird der Zerfall weitergehen?

Es werden noch weitere Staaten zerbrechen. Ägypten ist stabil, Marokko auch. Aber in den nächsten zwei oder drei Jahren könnte es in Jordanien passieren. Irgendwann wird auch Saudi-Arabien zerfallen und die Staaten am Golf. In Kuwait und den Vereinten Arabischen Emiraten sind nur rund 20 Prozent der Bevölkerung Einheimische, die grosse Mehrheit sind Ausländer aus Asien und Afrika. Wie lange werden die sich noch unterdrücken lassen? Noch halten die Regime mit Geld aus den ÖL-Einnahmen die Entwicklung auf. Mein Freund Volkhard Windfuhr, der für den Spiegel aus islamischen Ländern berichtete, prophezeit, dass als nächstes die Türkei zerfallen wird. Erdogan trägt zur Destabilisierung bei.

Sie sind sehr pessimistisch.

Die Meinungsführer in Deutschland wollen über diese Dinge nicht reden. Positiv denken, lautet die Devise. Aber dadurch verschwinden die Fakten nicht.

Vortrag von Div aD Peter Regli

PRO LIBERTATE



zum aktuellen Thema

«Unsere nationale Sicherheit: ist sie im neuen Jahr noch gewährleistet?»

Basel: Donnerstag, 9. März 2017, Hotel Euler, Centralbahnhofplatz 14, 4002 Basel

Zürich: Mittwoch, 24. Mai 2017, WIDDER Hotel, Augustinergasse 24, 8001 Zürich

Bern: Donnerstag, 5. Oktober 2017, Kaserne Bern, Auditorium, Papiermühlstrasse 13 (Navigationssystem: Kasernenstrasse 27)

jeweils 18.45 Uhr Apéro, 19.30 Referat

Quo vadis, Syrien?

Von Thomas Fuchs, Präsident Pikom, Bern

Der französische Autor erlebte die Entstehung des Islamischen Staates (IS) aus unmittelbarer Nähe. Er wurde von den Dschihadisten entführt und eingesperrt, was ihm tiefen Einblick in deren Gedankenwelt ermöglichte; nach zehn Monaten konnte er befreit werden. Sein jetziges Buch wurde unlängst mit dem «Prix des Géopolitiques de Nantes» ausgezeichnet.

In breiter Darlegung erlebt der Leser die wechselvolle Geschichte Syriens und den Zerfall des korrupten Staates. Die dortigen Depressionen waren nach Ansicht des Verfassers auch der «Hauptnährboden», dass sich April 2013 der IS bildete. Deswegen Stärke war im Gegensatz zu anderen Rebellen-Gruppen seine innere Einheit sowohl auf der Ebene seiner Ideologie als auch innerhalb seiner Führung. Der Muchabarat (syrischer Geheimdienst) vermochte das Kommunizieren der einzelnen Gruppen, welches sehr bald über Internet via Satellit lief, nicht zu entschlüsseln. Grösseren Raum widmet der Autor den Einnahmequellen jenes IS, wird er doch als die «am besten finanzierte Terrororganisation der Welt» angesehen: Durch die Plünderung der Zentralbank von Mosul erbeutete diese umgerechnet 480 Millionen Dollar, mindestens 20 Millionen als Lösegeld von Geiseln und primär durch die Ölvorkommen im Land. Indes wertet das Buch die «Gotteskrieger» nicht als eigentlichen Kern des Bösen, sondern fragt nach den Morden des Assad-Systems, «das 150mal mehr Zivilisten getötet hat als der Islamische Staat!» Obwohl Assad 2013 dem Abrüstungsabkommen zustimmte, verwendet er weiterhin Chlorgas mit bis zu 1'400 Toten. Eine westliche Intervention gibt es bis heute nicht, was das Regime als Freibrief für noch brutālere Angriffe wertet. «Wir weigern uns, sie zu sehen. Aber wir dürfen sie nicht ignorieren!» Eingräumt wird, der IS setze seinen Terror als Waffe ein und würde «Ungläubige» nicht nur töten, sondern entwürdigen, enthaupten und den dabei gedrehten Film so weiträumig wie möglich verbreiten: Der Horror soll den Feind entmutigen, lähmen, zum Desertieren veranlassen. Die demokratischen Kräfte im Land hätten es schwer, im Westen echte Unterstützung zu finden. Die Kurden seien der «einzig wirksame Schutzwall gegen den IS». Sie wären indes ein Problem, weil viele Mitglieder der Partiya Yekitiya Demokrat (Partei der Demokratischen Union) angehören, dem syrischen Zweig der PKK, jener kommunistischen Partei mit ihren alten stalinistischen Strukturen. «Sie verhielt sich oft genauso wie das Regime», urteilt das Buch. Man sollte der Freien Syrischen Partei helfen: viele Kräfte, die für ein demokratisches System kämpften, seien indes über die westliche Untätigkeit so enttäuscht, dass sie inzwischen einen Dialog mit Russland akzeptierten... Der Autor wirft dem Westen Unfähigkeit vor, einzugreifen und internationales Recht geltend zu machen, zu dessen Garantie er sich gern aufschwingt, wenn es um seine eigenen Interessen geht. Er werde unglaubwürdig, wenn er sich für den Kampf ge-

gen den IS interessiert, nicht aber für den gegen Assad. Der Westen, viel zu lange ohne Interesse an Syrien, habe keine Strategie im Umgang mit der dortigen Krise. Dass die Vereinten Nationen nicht alle Probleme lösen können und nur solche, welche die Grossmächte lösen lassen (man denke an die häufigen Vetos Moskaus), ist leider Tatsache. Dies indes dürfe nicht zur Untätigkeit der westlichen Welt führen. Man müsse der massiven Propaganda der «Gotteskrieger», die viele junge Europäer zum «Heiligen Krieg» nach Syrien verführt, entgegentreten; bis heute aber fehle dafür ein Programm. Die dortige Bevölkerung sollten wir vor Ort einbinden, ihr Vertrauen zurückgewinnen, dass der Westen an ihrer Seite im Kampf gegen jede Tyrannei steht.

Was dringend erforderlich wird, ist neue Hoffnung! Von den Entscheidungsprozessen über ihre Zukunft sind die Syrer selbst ausgeschlossen, niemand vertritt sie. Wichtig wäre, einen für das Land und seine Menschen repräsentativen Rat zu bilden. Doch eine notwendige politische Lösung wollten weder das Regime noch der IS akzeptieren. Die internationale Gemeinschaft müsse sämtliche Kraft und allen Druck einsetzen, um sie dazu zu zwingen, meint der Verfasser. Er sieht sein Buch denn auch als «eine Streitschrift gegen den Westen, der mit seinen Fehlern und seiner Untätigkeit zu diesem Fiasko beigetragen hat», als einen «Denkanstoss, um vielleicht zu retten, was noch zu retten ist». Der Leser wird das Buch «Der IS und die Fehler des Westens» sicherlich recht nachdenklich aus der Hand legen.



Leserbrief

Oslo: Keine Moscheen!

In Norwegen gibt es keinerlei Moscheen. Wie aus hohen politischen Kreisen verlautet, wird das Königreich trotz aller Verlockungen und versteckten Drohungen diese auch weiterhin nicht zulassen. Im benachbarten Schweden existieren in den Grossstädten einige dieser baulichen Wahrzeichen des Islams. Nach Mitteilung von Sicherheitsbehörden Stockholms stehen sie unter strenger Beobachtung.

Dr. Werner Stucki, Kristiansund, Norwegen

IS-Skandal in den USA

Von Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann,
D-53639 Königswinter

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde der 36jährige Streifenpolizist Nicholas Young Anfang August 2016 im Hauptquartier der Metro-Polizei in Washington D.C. (District of Columbia) verhaftet. Er hatte versucht, Spenden und mobile Kommunikationsgeräte für die «Gotteskrieger»-Terroristen des «Islamischen Staates» (IS) zu beschaffen und war dabei sehr früh auf einen Undercover-Agenten des FBI gestossen. Er selber stand seit sechs Jahren unter Beobachtung, nachdem er nach Libyen reiste, um sich den Rebellen in ihrem Kampf gegen Muammar al-Gaddafi (2011 im Rahmen des Bürgerkriegs in Libyen als Staatsoberhaupt entmachtete, gelangte er ins Kreuzfeuer von Anhängern und Gegnern und ist auf dem Weg ins Spital schwer verwundet gestorben) anzuschliessen und hatte bereits Anfang 2011 den FBI-Angehörigen seinen Wunsch nach einem Ankauf einer Kalaschnikov-Waffe mitgeteilt. Regelmässig traf er sich auch mit dem Terroristen El Khalifi, der ein Selbstmord-Attentat auf das Capitol plante. Ganz unter dem Eindruck der IS-Anschläge in Paris bemühte sich Young während des letzten Jahres wiederholt, weitere Waffen zu erwerben. Bei seiner gerichtlichen Verurteilung droht ihm eine Strafe von bis zu 20 Jahren. Nach Mitteilung der Forschungsstelle über Extremismus der «George Washington Universität» (Privatuniversität in Washington D.C.) ist Young die hundertste Person, die seit März 2014 in den USA wegen Unterstützung des «Islamischen Staates» (IS) inhaftiert wurde.

www.pikom.ch

Muslime, Verhalten nach Bevölkerungsanteil

Von Hans Versell

Quelle: Aus dem Buch von Peter Hammond, «Sklaverei, Terrorismus und Islam» (Englischer Originaltitel (2010): «Slavery, Terrorism and Islam»). Dr. Peter Hammond, Kapstadt Südafrika, ist als Direktor der «Mission Frontline Fellowship» weltweit tätig.

Der Islam ist weder eine Religion noch ein Kult. In voller Ausprägung ist er ein vollständiges, totales, 100%iges Gesellschaftssystem. Der Islam hat religiöse, juristische, politische, ökonomische, soziale und militärische Aspekte.

Islamisierung beginnt, wenn genügend Muslime in einem Land leben, um für ihre religiösen Privilegien zu agitieren. Wenn Gesellschaften, die politisch korrekt, tolerant und kulturell vielfältig sind, den Wünschen der Muslime nach religiösen Privilegien entsprechen, kommen einige der anderen Komponenten noch dazu...

Und so funktioniert das: So lange die Muslime etwa 2% der Bevölkerung ausmachen, werden sie überwiegend als friedliebende Minorität und nicht als Bedrohung empfunden. Das trifft zu auf Muslime in: USA 0,6%, Australien 1,9%, Kanada 1,9%, China 1,8%, Italien 1,5%, Norwegen 1,8%.

Von 2% bis 5% beginnen sie, Menschen anderer ethnischer Minderheiten und unzufriedene Gruppen zu bekehren, häufig unter Gefängnisinsassen und Street Gangs. Das passiert in Ländern mit einem Anteil an Muslimen:

Dänemark 2%, Belgien 4%, Thailand 4,6%.

Ab 5% üben sie einen ausserordentlichen Einfluss bezogen auf ihren Bevölkerungsanteil aus. So werden sie Druck ausüben, dass Halal-Nahrung eingeführt wird (rein nach den islamischen Standards), wobei sie Jobs für Muslime in der Nahrungsindustrie sicherstellen. Ihr Druck auf Supermarktketten wächst, damit dort Halal-Regale eingerichtet werden – verbunden mit Drohungen, wenn dabei Fehler geschehen.

Das geschieht bei einem Anteil an Muslimen in: Schweiz 4,3%, Niederlande 5,5%, Philippinen 5%, Frankreich 8%, Schweden 9%, Trinidad & Tobago 5,8%.

Von diesem Punkt an beeinflussen sie die jeweilige Regierung dahingehend, dass man ihnen erlaubt (in den Ghettos), sich selbst nach den Gesetzen der Scharia, dem islamischen Recht, zu regieren. Das Endziel der Islamisten ist die Einführung der Scharia auf der ganzen Welt.

Wenn die Muslime 10% der Bevölkerung erreichen, nimmt bei ihnen Gesetzlosigkeit zu als Mittel, sich über ihre Lebensbedingungen zu beschweren. In Paris sehen wir schon die Autos brennen. Jede nicht-muslimische Aktion verstösst gegen den Islam und führt zu Aufstand und Drohungen wie in Amsterdam, mit Widerstand gegen Mohammed-Karikaturen oder Filmen über den Islam.

Derartige Spannungen sieht man täglich, besonders in muslimischen Vierteln, in:

Guyana 10%, Indien 13,4%, Israel 16%, Kenia 10%, Russland 15% Muslime.

Länder mit 20% Muslimen können mit furchteinflössenden Krawallen rechnen, mit Jihad Militäreinheiten, sporadischen Morden und der Zerstörung von christlichen Kirchen und jüdischen Synagogen, wie in Äthiopien, wo es 32,8% Muslime gibt.

Ab 40% Muslimen erleben die Länder verbreitete Massaker an Nicht-Muslimen, anhaltende Terrorattentate und anhaltenden Kriegszustand wie in:

Bosnien 40%, Chad 53,1%, Libanon 59,7% Muslime.

Ab 60% Muslimen findet uneingeschränkte Verfolgung aller Nichtmuslime statt, gelegentliche ethnische Säuberungen (Genozid), Anwendung der Scharia als Waffe und Jizya, eine Kopfsteuer für Ungläubige, wie in: Albanien 70%, Malaysia 60,4%, Qatar 77,5%, Sudan 70% Muslime.

Ab 80% Muslimen muss man mit täglicher Einschüchterung und gewalttätigem Jihad (heiliger Krieg) rechnen. In einigen Staaten gibt es ethnische Säuberungen und Genozide, weil diese Länder alle Nichtgläubigen vertreiben und sich auf eine 100%ige Muslim-Bevölkerung zubewegen, was man in verschiedenen Ländern bereits erlebt hat wie in Bangladesch 83%, Ägypten 90%, Gaza 98,7%, Indonesien 86,1%, Iran 97%, Jordanien 92%, Marokko 98,7%, Pakistan 97%, Palästina 99%, Syrien 90%, Tadjikistan 90%, Türkei 99,8%, Arabische Republik 96% Muslime.

100% Muslime führt zum Frieden des «Dar-es-Salaam» – das islamische Haus des Friedens. Hier sollte man mit Frieden rechnen, weil jedermann ein Muslim ist, die Medressen (Koranschulen) sind die einzigen erlaubten Schulen, und der Koran ist die einzige, unumstrittene Wahrheit, wie in Afghanistan, Saudi Arabien und Jemen, wo es jeweils 100% Muslime gibt.

Unglücklicherweise wird der Frieden dennoch nicht erreicht, weil in diesen 100%-Ländern die radikalen Muslime andere einschüchtern und weniger ra-

dikale Muslime aus einer Vielzahl von Gründen ermorden.

«Bevor ich neun Jahre alt wurde, hatte ich das Grundprinzip des arabischen Lebens gelernt... Es hiess ich gegen meine Brüder, ich und meine Brüder gegen unseren Vater, meine Familie gegen unsere Cousins und gegen die Grossfamilie, die Grossfamilie gegen den Stamm, der Stamm gegen die Welt, und wir alle zusammen gegen die Ungläubigen.» Aus: Leon Uris: «The Haj».

Es ist wichtig zu verstehen, dass in einigen Ländern mit deutlich unter 100% Muslimen wie in Frankreich die muslimische Minderheit in Ghettos lebt, innerhalb derer 100% Muslime leben und in denen ihr Leben von der Scharia bestimmt wird. Die nationale Polizei betritt niemals diese Ghettos. Es gibt dort keine staatlichen Gerichte, keine Schulen, keine nicht-

muslimischen Einrichtungen.

In diesen Fällen integrieren sich die Muslime niemals in die Gesellschaft. Ihre Kinder besuchen nur Koranschulen. Sie lernen ausschliesslich den Koran. Schon eine Beziehung mit einem Ungläubigen ist ein Verbrechen, das mit dem Tod bestraft wird. Deshalb gibt es in einigen Ländern Regionen, in denen der muslimische Imam und die Extremisten mehr Macht haben als ihr Bevölkerungsanteil vermuten lässt.

Heute stellen 1,5 Milliarden Muslime 22% der Weltbevölkerung. Aber ihre Geburtenrate übertrifft die Geburtenrate der Christen, Hindus, Buddhisten, Juden und die aller anderen Glaubensrichtungen bei weitem. Ende dieses Jahrhunderts werden die Muslime mehr als 50% der Weltbevölkerung ausmachen.

Die meisten der heute 40-jährigen oder jüngeren Linken sind zu sehr «politisch korrekt» um irgendetwas dagegen zu tun – bis es zu spät ist!

Mit freundlicher Genehmigung des Autors

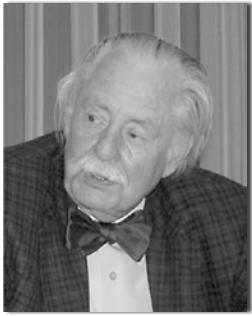
<http://www.frontline.org.za>

E-Mail: mission@frontline.org.za

Link zum Buch: <http://amzn.to/29DG1EP>

Deutsche Bearbeitung und Lektorierung Webteam www.ekiw.com

Die Wahrheit über den 9. November 1989



Von Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann
D-53639 Königswinter

Die meisten Menschen erachten diesen für ganz Europa schicksalsschweren Tag, an dem die Berliner Mauer fiel, als das wichtigste Datum für die deutsche Wiedervereinigung. Von eigentlicher Entscheidung war indes der 9. Oktober, als in Leipzig 70'000 freiheitsliebende Einwohner gegen die SPD-Diktatur demonstrierten und die bewaffnete Polizei sowie die Armee-Einheiten zum Rückzug zwangen und damit das Ende des DDR-Regimes einläuteten. Doch selbst bei Fragen nach näheren Einzelheiten jenes 9. November erhält man in Deutschland auch noch heute keine inhaltsreiche Antworten.

An jenem Tag hatte der SPD-Pseudo-Ostexperte Egon Bahr in der «Bild»-Zeitung mit der ihm eigenen Vorstellungswelt gross getönt: «Wiedervereinigung ist kein Thema!» Zur gleichen Zeit war in der Zürcher «Weltwoche» zu lesen: «Die Wiedervereinigung wird kommen. Es ist töricht, davor die Augen zu schliessen». Am frühen Morgen hatte in West-Berlin die SPD-Innensenatorin im Bonner Bundeskanzleramt angefragt, was angesichts der bevorstehenden Reise von Bundeskanzler Kohl nach Warschau geschehen sollte bei etwaigen Ereignissen an der Mauer. Die Antwort aus der nicht

nur geographisch fernen Stadt am Rhein war ein dröhnendes Gelächter. Am gleichen Abend dann verkündete das ZK-Mitglied Schabowski auf seiner Presse-Konferenz in Ost-Berlin das neue DDR-Reisegesetz. Die berühmt gewordene Frage nach dessen zeitlichen Inkrafttretens erfolgte um 18.53 Uhr vom italienischen Journalisten Ricardo Ehrmann, dem viele Berufskollegen Derartiges nicht zuge-
traut hatten. Erst nach mehreren Jahren gab er zu, diese Frage sei ihm von Günter Pötschke, einem Mitglied des ZK der SED, zugesteckt worden. Mit seinem langen Schweigen habe er diesen decken wollen; das aber kann nicht der Wahrheit entsprechen, denn jener starb bereits im September 2006. Beruhte dessen Frage auf seinem eigenen Motiv oder kam sie von etwaigen Hintermännern und mit welcher Absicht? Als Leiter der DDR-Nachrichtendienstagentur hatte Pötschke Kontakte nicht nur zu östlichen, sondern ebenfalls zu westlichen Nachrichtendiensten. War einer von ihnen der eigentliche Veranlasser jener berühmt gewordenen Frage? Diese Frage nach jener Frage ist bis zum heutigen Tag ungeklärt geblieben, seltsamerweise auch niemals näher untersucht worden...

Als an jenem Abend dann die westdeutschen Fernseh-Sender ab 20.01 Uhr die Top-Meldung verbreiteten «DDR öffnet Grenzen», stellte diese letztlich eine Falschmeldung dar: Wenn auch in seinen Formulierungen gut versteckt, so hatte Schabowski als Voraussetzung jener Reisemöglichkeit sehr wohl bestimmte Formalitäten erwähnt. Das aber wurde von eigentlich allen Journalisten überhört, die nur eine Reisefreiheit im westlichen Sinne sahen. Die Folge dieses Missverständnisses war jedenfalls das Ende der Berliner Mauer. Nach einem Buch eines seriösen DDR-Spezialisten war es ausgerechnet die Polizei West-Berlins, die auf ihrer Seite anfangs die bei den auf die Mauer stürmenden West-Berli-

ner «auf Räumung drängte und die Ordnung wiederherstellen» wollte!

Als am selben Tag Bundeskanzler Kohl mittags in Warschau eintraf, rief ihm der Solidarnoc-Anführer Lech Walesa lachend entgegen, die Berliner Mauer werde «in spätestens zwei Wochen nicht mehr stehen». Erstaunlicherweise nahmen er und seine Begleitung dies ohne sichtbare Regung entgegen. Daraufhin bedrängte Walesa nach dem Mittagessen erneut den Gast: «Herr Bundeskanzler, sind Sie bereit für den Fall der Mauer?» Trotz aller Prognosen des BND über die Situation in der DDR erwiderte Kohl in seiner Art des Besser-Wissens, «Das wird nicht passieren!» Selbst um 21.00 Uhr wollte er immer noch nicht an das Geschehene glauben. Über den heutigen Finanzminister Schäuble wusste unlängst das deutsche Fernsehen zu berichten, dieser habe nach Kenntnis vom Fall der Mauer in seinem Nicht-Wissen (-Wollen?) ermahnt, doch im Bundeskanzleramt den Alkoholgenuß einzuschränken. Ob es Zufall ist, dass all jenes in sämtlichen Veröffentlichungen von und über den damaligen deutschen Bundeskanzler verschwiegen wird?

In der provisorischen Hauptstadt am Rhein leitete die Bundestagspräsidentin Annemarie Renger die Planarsitzung, als der Sturz der Mauer bekannt wurde. Ihr Buch schildert den Jubel, einige Abgeordnete stimmten die Nationalhymne an, «zögernd fielen die anderen Stimmen ein». Nach ihren Worten dachte sie, auch die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundesparlament hätten wie sie das Bedürfnis, diesen wichtigen Tag «gemeinsam zu begehen, sich gemeinsam zu freuen, gemeinsam dankbar zu sein». Indes – und der Leser verspürt den verbit-
terten Unterton – «Nichts dergleichen geschah»... Ein merkwürdiger Tag, der doch recht nachdenklich macht.



Bravo, Herr Juncker!

Von Dr. rer. publ. HSG Rolando Burkhard, Bern

«Juncker sieht EU in Existenzkrise» lautet die heutige (14.9.2016) Schlagzeile in den Medien. Was der EU-Kommissionspräsident längst weiss, hat er nun in seiner Rede zur Lage der Union klipp und klar gesagt. Endlich. Das war längst fällig. Seine banale Erkenntnis erstaunt in ganz Europa längst kaum mehr jemanden. Nur noch die Schweizer EU-Hardliner glauben traumwandlerisch an die Union und wollen unser Land EU-tüchtig machen.

Angedacht wurde das EG-Projekt in den 50er Jahren eigentlich ganz gut. Die Idee erschien überzeugend. Nur hat dann eine Handvoll demokratisch nicht legitimierter grössenwahnsinniger Technokraten die Oberhand gewonnen und mittlerweile das Projekt völlig in den Sand gesetzt.

Es begann mit der unkritisch vorangetriebenen massenhaften Aufnahme von bei weitem noch nicht EG/EU-tauglichen Mitgliedsländern (aus reinen Prestige Gründen). Dazu kamen die skandalösen, vorweg wirtschaftlichen Kompromisse punkto Einhaltung der Unionsregeln. Dann die Fehlgeburt der Einheitswährung «Euro», die finanziell verheerende Politik der Zentralbank, das Scheitern des Schengen-Systems, die Arroganz des Europäischen Gerichtshofes und das Dubliner Flüchtlings-Debakel, um nur einige wenige der zahlreichen Desaster aufzuzählen.

Ja, denn um die Desaster-Liste der EU auch nur einigermaßen weiter zu führen, müsste man auch ihre völlig unnötig vorgeschriebene Regeldichte in Randgebieten mit dem entsprechenden bürokratischen Aufwand, die totale Bevormundung der Souveränitäten ihrer Mitgliedstaaten und das eklatante Demokratiedefizit in der Europäischen Union beklagen. Fast nirgendwo in Europa hat das Stimm-



EU-Kommissionspräsident Juncker

volk dazu etwas zu sagen gehabt. Und wo ja, hat es meist gegen die EU gestimmt. Brexit lässt grüssen!

Nun ja, wir in der Schweiz könnten als Nicht-EU-Mitglied eigentlich darüber nur milde lächeln und froh sein, dank klarem Volkswillen (und nicht etwa wegen der Einsicht unserer Polit-Eliten!) nicht diesem Crash-Club angehören zu müssen. Aber bei weitem verfehlt! Unsere Politiker in Bundesbern unternehmen weiterhin alles, um vom seetauglichen «MS Helvetia» aus, via Rettungsbooten, an Bord der sinkenden «Titanic» zu gelangen.

Jüngstes Beispiel (unter vielen) ist der jüngste parlamentarische Beschluss der nationalrätlichen staatspolitischen Kommission (SPK-N) zur Umsetzung des vom Volk beschlossenen Zuwanderungsartikels 121a unserer Bundesverfassung, der aufgrund der Masseneinwanderungsinitiative der SVP zustande kam. Die SPK-N hat schlicht sämtliche Forderungen des Verfassungsartikels ignoriert und mit einem absolut skandalös verfassungswidrigen und volksverhöhrenden Antrag versucht, den

schweizerischen EU-Turbos den Weg zu ebnen und der EU eine Brücke zu schlagen.

Doch es kommt 1. meist anders, als man 2. denkt. Denn die EU hat gemäss vorliegenden internen EU-Papieren sogar den an Unterwürfigkeit nicht mehr zu überbietenden Vorschlag unserer Schweizer EU-Befürworter schnöde abgelehnt und besteht auf einem Rahmenabkommen (will u.a. heissen: fremde Richter).

Die EU hat somit den offerierten Schweizer Rettungsversuch für die ohnehin schon kaum mehr befahrbare Brücke zwischen CH und EU schnöde abgelehnt und die Brücke zerstört. Das erstaunt nicht. Denn die EU befindet sich in verzweifelter Lage (Juncker: Existenzkrise) in einem selbstzerstörerischen Abwehrkampf. Vergleichbar mit der Deutschen Wehrmacht, die im Zweiten Weltkrieg in aussichtsloser Kriegslage nach der Landung der Alliierten auf Geheiss Hitlers ihre eigenen Westbrücken in die Luft sprengte, um deren Vormarsch zumindest zu verzögern. Im historisch bekannt gewordenen kriegsentscheidenden Fall von Remagen gelang dies übrigens nicht, denn die angelegte Sprengstoffladung für die Zerstörung der Brücke war zu schwach, die Brücke hielt stand, und die Alliierten konnten passieren. Passieren werden über kurz oder lang auch die EU-Kritiker in ihrem Kampf gegen das EU-Establishment. Vorläufig sind's nur die als «Rechtspopulisten» Verunglimpften. Das wird sich rasch ändern. Morgen sind's die «Demokraten».

Ehrlich gesagt: Über den EU-Entscheid über den Brückenabbruch bin ich, da ich gottlob wohlbehalten auf der Schweizer Seite des Grabens zur EU situiert bin, eigentlich sehr froh. Denn das schafft eine klare Ausgangslage für das kommende Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU. Vielen Dank, Herr Juncker, nun wissen wir zumindest, woran wir sind. Das Schweizer Volk weiss das längst. Hoffentlich begreift das endlich auch Bundesbern!

Schluss mit dem pathologischen Altruismus!

Von Jan Mahnert, freier Journalist

Der westschweizerischen Gratiszeitung 20 Minuten war zu entnehmen, dass in Genf Studenten ihr Haus verlassen müssen, damit Flüchtlinge darin einquartiert werden können. Die Studenten hatten das Haus ursprünglich besetzt und sich später mit den Kantonsbehörden über einen Mietvertrag geeinigt. Dieser sollte Ende 2016 auslaufen, die Studenten behaupten aber, es wäre ihnen versprochen worden, bis Ende 2020 im Haus bleiben zu dürfen.

So gross die Versuchung auch sein mag, wäre es dennoch fehl am Platz, gegenüber den höchstwahrscheinlich links orientierten Studenten, die nun mit den konkreten Folgen der von ihnen geforderten

«Willkommenskultur» konfrontiert werden, Schadenfreude zu empfinden. Denn es kann jeden von uns treffen. Es ist nämlich nicht das erste Mal, dass in der Schweiz Mietern vom Staat die Wohnung gekündigt wird, damit Flüchtlinge einziehen können. In den letzten paar Jahren wurden mehrere Fälle publik.

Untersuchenswert wäre, ob die bisher bekannt gewordenen Fälle auch alle tatsächlichen Fälle sind oder ob es eine höhere Dunkelziffer gibt, weil vielleicht nicht alle Mieter den Mut aufbrachten, sich an die Medien zu wenden. Aber ungeachtet der Zahlen ist diese Entwicklung einfach nur besorgniserregend: Wie kann ein Staat, der gemäss Verfassung die Freiheit und die Rechte des Volkes zu schützen hat, die eigenen Bürger vor die Tür setzen, um Platz

für Fremde zu schaffen? Diese Frage ist nicht fremdenfeindlich, sondern legitim.

Was sollen darüber hinaus die Bürger von einem Staat halten, der es hinnimmt, dass das eigene Volk zur Minderheit werden könnte – wenn er vielleicht nicht sogar darauf hinarbeitet? (Dass Letzteres für manche Akteure ein erklärtes Ziel ist, habe ich im PIKOM INFO Nr. 3/2016 anhanden von eindeutigen Zitaten belegt.) Ein Staat, dem das eigene Volk wirklich etwas bedeutet, der es noch wagt «Volk» statt «Bevölkerung» zu sagen, führt keine Wirtschaftspolitik, bei der die Sozialsysteme spürbar durch Einwanderung finanziert werden und der Wachstum durch eben diese angekurbelt wird. Eine Wirtschaftspolitik, die darauf angewiesen ist, immer

mehr Fremde in das Land zu holen, ist grundsätzlich falsch und nicht nachhaltig – auch wenn die Grünen gerne das Gegenteil behaupten.

Das Recht, «Wir» zu sagen

Die Schweizer sind heute noch in der Mehrheit, doch ihre Stimme scheint immer weniger ins Gewicht zu fallen, wie wir es am Trauerspiel um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sehen. Uns sollte daher die Frage beschäftigen, was die Schweizer dann zu melden haben, wenn sie zahlenmässig unterlegen sind und die Politiker die neue, eingewanderte Mehrheit hofieren? Dieses Szenario ist nicht aus der Luft gegriffen. Erstens gehen Demographen davon aus, dass die Schweizer – falls sich die heutige politische und demographische Lage nicht deutlich ändert – sehr wohl zur Minderheit im eigenen Lande werden könnten. Zweitens wollen Politiker gewählt werden – sie haben daher auch ein Interesse daran, so viele potentielle Wähler wie möglich anzusprechen. Wer für sie stimmt, ist sekundär. Die Menge muss einfach stimmen.

Diese Politiker, egal welcher Couleur, erkennt man daran, dass sie sich für eine Politik der offenen Türen einsetzen, das Bleiberecht für Illegale fordern und Ausländer leichter einbürgern oder ihnen das Wahlrecht gewähren möchten. Sie verpacken diese Anliegen in humanistische Worthülsen, und so sehr ich davon überzeugt bin, dass viele es nur gut meinen, bin ich aber auch davon überzeugt, dass nichtsdestotrotz eine gehörige Portion Kalkül ins Spiel kommt.

Zahlreiche Schweizer scheinen sich keine Gedanken zu diesen wichtigen Fragen zu machen. Infolge der zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft haben sie es verlernt, ihre legitimen Gruppeninteressen wahrzunehmen. Zudem hat ein allgegenwärtiger Schuldiskurs, demzufolge das Eigene immer «böse» und latent «rassistisch», das Fremde dagegen immer «gut» ist, dazu geführt, dass viele sich nicht mehr trauen «Wir» zu sagen, geschweige denn geistig überhaupt noch in der Lage sind, sich als Teil einer Gruppe, eines Volkes mit legitimen Interessen zu empfinden.

Was ist krank?

Nachdem am 9. Februar 2014 das Schweizer Volk die Masseneinwanderungsinitiative angenommen hatte, veröffentlichte die deutsche Wochenzeitung Der Spiegel einen Bericht mit dem Titel «Das Schweizer Virus». Sie bezeichnete mit anderen Worten den Wunsch, die Einwanderung zu begrenzen, als eine Krankheit, die ganz Europa zu befallen drohe. Was aber, wenn der Wunsch Grenzen zu setzen keine Krankheit, sondern etwas ganz gesundes und normales wäre? Lassen denn zum Beispiel diejenigen, die «Kein Mensch ist illegal» schreien auch wirklich jeden Mensch in ihre Wohnung? Ich wage es, dies zu bezweifeln. Warum also sollte sich ein Land das antun, wozu sie in den eigenen vier Wänden nicht bereit sind?

Immer wieder ist zu beobachten, wie viele Schweizer sich mehr um das Wohlergehen der Fremden als um die eigene Zukunft als Volk sorgen. Sie le-

gen ein Verhalten an den Tag, das man in der Psychiatrie «pathologischen Altruismus» nennt. Im Referenzbuch Pathological Altruism beschreiben Barbara Oakley, Ariel Knafo und Michael McGrath pathologischen Altruismus als eine Form von Hilfsbereitschaft, die zwar gut gemeint ist, aber im Endeffekt sowohl dem Geholfenen als auch dem Helfer – zum Teil in erheblichem Masse – schaden kann. Wozu pathologischer Altruismus führen kann, zeigte auf erschreckende Art und Weise der Missbrauchsskandal von Rotherham in Grossbritannien. Von 1997 bis 2013 wurden im Raum Rotherham rund 1400 britische Mädchen durch hauptsächlich pakistanische Banden systematisch sexuell missbraucht und versklavt, vergewaltigt, zur Prostitution gezwungen. Sozialarbeiter hatten immer wieder

versucht, auf das Drama aufmerksam zu machen, doch die Polizei schaute jahrelang weg, aus Angst vor Rassismuskorruptionen. Mit anderen Worten: Der Staat verzichtete lieber darauf, Kinder – d.h. die Schwächsten unter seinen Angehörigen – zu schützen, als zum «Bösen» abgestempelt zu werden und dem Ruf einer fremden Gemeinschaft zu schaden.

Am 9. August 2016 schrieb die Zeitung Sunday Express, der Missbrauch von britischen Mädchen durch hauptsächlich kaschmirische Banden finde in Rotherham noch immer im industriellen Masse («on industrial scale») statt. Opfer, die Schutz suchten und sich an die Öffentlichkeit wandten, wurden als «Rassistinnen» beschimpft. Wenn nicht das krank ist, was dann bitte?

Moderne Demokratisierungskriege unter der Lupe

ea./dan. Eine Mehrzahl der Kriege und Konflikte auf der Welt wurden von der US-amerikanischen Regierung sowie der NATO eingeleitet und angeführt. Der Vorwand für eine militärische Intervention war immer derselbe: Das Volk eines Landes musste von einem «brutalen Diktator» oder «undemokratischen Herrschaftssystem» befreit werden. Doch waren diese Kriege tatsächlich gerechtfertigt? Um das herauszufinden, gibt es ein einfaches Mittel:

Man vergleiche die Situation, wie sie im Kriegsland vor bzw. nach dem Krieg aussah. Wenn der Krieg und die sogenannte Demokratisierung wirklich zum Wohle des Volkes gewesen wäre, dann hätten die Lebensbedingungen im Land nach dem Krieg weit besser sein müssen als vor dem Krieg. Anhand folgender drei Beispiele, die stellvertretend für praktisch alle US-Interventionen stehen, kann diese Frage von jedem selbst beurteilt werden.

Militäreinsatz in Libyen 2011

Vorher:

- höchstes Pro-Kopf-Einkommen Afrikas
- Gutschrift eines Teils des Ölverkaufs direkt auf die Konten libyscher Bürger
- 45'000 € vom Staat für Frischvermählte
- Reduktion der Analphabeten von 75 % auf 17 %
- Gleichberechtigung der Frau

Nachher:

- 50'000 tote Zivilisten
- Zerstörung des Wassernetzwerks durch NATO-Bombardierung
- komplett zerstörte Wirtschaftsinfrastruktur
- bis heute herrscht pures Chaos; Kämpfe zwischen der Regierung und Rebellengruppen wie dem «Islamischen Staat» (IS) sind an der Tagesordnung

Syrienkrieg seit 2011

Vorher:

- Syrische Zentralbank unter Kontrolle des Staates und ohne Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF)
- demokratische Reformen durch Bashar al-Assad
- reiches, aufstrebendes Land, das in der Lage war, zwei Millionen irakische Flüchtlinge aufzunehmen
- kostenloses Gesundheitssystem

Nachher:

- 250'000 Tote nach Einschleusung von schwer bewaffneten Söldnern, die von den USA unterstützt wurden
- mehr als 3,8 Millionen Flüchtlinge
- fehlende Einkommensquellen durch westliche Exportbeschränkungen (Sanktionen)
- Lebensmittel sind doppelt so teuer

Krieg in der Ukraine seit 2014

Vorher:

- als blockfreies Land eine Brücke zwischen Russland und der EU
- kein NATO-Beitritt geplant
- die Ukraine bekam russisches Erdgas zu Rabattpreisen

Nachher:

- über 6'000 Tote
- drei Millionen Flüchtlinge
- zerstörte Infrastruktur; Strom und Wasser gibt es in manchen Städten nur stundenweise
- fast 80 % der Bevölkerung an der Armutsgrenze
- dramatische Verringerung der Mindestlöhne
- sprunghafter Anstieg der Lebensmittelpreise